

Italiens Schulden-Haushalt und die Eurozone: Fragen und Antworten

Die italienische Regierung aus Links- und Rechtspopulisten hat einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der die staatliche Neuverschuldung deutlich ausweiten würde. Die Europäische Kommission sieht den Etat äußerst kritisch und hat erstmalig eine Regierung zur Nachbesserung des Etatplans aufgefordert. Die FDP-Fraktion hatte zuvor bereits ein Defizitverfahren gegen Italien gefordert und die Kommission zu Härte angehalten. Wir beantworten die wichtigsten Fragen dazu.

Woher kommt der italienische Schulden-Haushalt?

In Italien haben die linkspopulistische Fünf-Sterne-Bewegung und die rechtspopulistische Lega im Juni eine Regierungskoalition gebildet. Beide Parteien hatten Wahlversprechen gemacht, die den italienischen Staatshaushalt enorm belasten und mit den europäischen Fiskalregeln unvereinbar sind. Mitte Oktober wurde der erste Haushaltsentwurf der neuen italienischen Regierung in Brüssel vorgelegt. Die Europäische Kommission sieht darin einen klaren Verstoß gegen die Fiskalregeln, die in der Eurozone eine ausufernde Verschuldung verhindern sollen. Statt des vereinbarten Defizits von 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) plant die italienische Regierung für 2019 eine Neuverschuldung von 2,4 Prozent des BIP.

Warum ist ein solches Defizit problematisch?

Aus der Eurokrise ab 2009 wurde die Lehre gezogen, dass die Fiskalregeln gerade in guten Zeiten anspruchsvoller sein müssen. Deshalb wurde 2012 auf Druck der schwarz-gelben Bundesregierung der europäische Fiskalpakt geschlossen, der in diesen Zeiten strengere Anforderungen stellt, insbesondere für Staaten mit einem zu hohen Schuldenstand. Italien hat mit etwa 131 Prozent des BIP nach Griechenland die höchste Staatsschuld in Europa. Deshalb kann es aus Sicht der FDP-Fraktion kein Entgegenkommen geben. Ansonsten droht Italien in der nächsten Wirtschaftskrise die Staatspleite.

Sollten die anderen Euro-Staaten Italien finanziell helfen?

Nein, denn die Euro-Staaten müssen jeweils selbst für ihre Ausgaben und Einnahmen einstehen. Handeln und Haften gehören zusammen. Nur so kann die Eurozone auf Dauer finanzpolitisch stabil bleiben. Als Instrument für echte Notlagen hat die schwarz-gelbe Koalition 2012 dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zugestimmt. Dieser darf aber nicht genutzt werden, um absehbare Konsequenzen

eines vorsätzlich regelwidrigen Haushalts auszugleichen. Zudem sind alle ESM-Hilfen an strenge Reformauflagen geknüpft. Die italienische Regierung möchte sich gerade nicht an europäische Vereinbarungen halten, sondern lieber Wahlgeschenke an die Bevölkerung verteilen. Das ist inakzeptabel.

Sind höhere Ausgaben nicht sinnvoll, um das Wachstum und die Steuereinnahmen zu erhöhen?

Nein. Eine Volkswirtschaft wächst nicht, wenn der Staat einfach nur mehr Geld ausgibt. Gezielte Investitionen etwa in Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung können durchaus der Wirtschaft helfen und so zu Wachstum führen. Aber die italienische Regierung plant vor allem mehr Sozialausgaben, wie ein früheres Renteneintrittsalter oder das bedingungslose Grundeinkommen. Mehrausgaben erzeugen bei einem so hohen Schuldenstand aber vor allem Unsicherheit über die finanzielle Stabilität des Staates. Die Unternehmen und Haushalte ahnen schon, dass sie die zusätzlichen Schulden künftig durch höhere Steuern abtragen müssen, und verzichten auf Investitions- sowie Konsumausgaben.

Was kann die Europäische Kommission nun tun?

Da das Haushaltsrecht bei den nationalen Parlamenten liegt, kann die Kommission Italien zwar nicht daran hindern, einen Haushalt mit exzessiver Neuverschuldung zu beschließen. Sie kann allerdings ein Defizitverfahren einleiten, an dessen Ende ein Bußgeld stehen könnte. Das fordert die FDP-Fraktion. Jedoch hat die Kommission gerade bei großen Mitgliedstaaten bislang gerne mal ein Auge zugedrückt. Jetzt kann sie beweisen, dass Regeln in Europa eingehalten werden müssen.

Was kann man daraus für die Weiterentwicklung der Eurozone lernen?

Am gegenwärtigen Streit zeigt sich erneut, dass wir die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten stärken müssen, so dass andere Staaten nicht durch eine schlecht wirtschaftende Regierung mit heruntergezogen werden. Deshalb fordert die FDP-Fraktion eine Insolvenzordnung für die Eurozone: Staaten, die ihre Schulden nicht mehr tragen können, müssen sich in einem vorab vertraglich geregelten Verfahren von ihren Verbindlichkeiten befreien können. Ihre Gläubiger müssen die Bedingungen vorher kennen und werden entsprechend höhere Zinsen verlangen. Dieser marktwirtschaftliche Anreiz trägt mehr zu soliden öffentlichen Finanzen bei, als jedes politische Kontrollverfahren.